

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nächste Woche ist **Internationaler Frauentag**. Dieser Tag ist seit Jahren in meinem Kalender rot markiert – nicht, um große Reden zu schwingen, sondern um aufmerksam zu machen auf ungleiche Chancen, ungleiche Bezahlung, auf die mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie in den vergangenen Jahren werden die Bundesfamilienministerin und die Bundesarbeitsministerin politisch folgenlose Statements zum 8. März abgeben. Dabei ist es höchste Zeit, dass wir tatsächlich etwas verändern. Die SPD-Fraktion hat daher in dieser Woche einen „Aktionsplan für die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen“ vorgelegt: Mindestlohn, gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, mehr Frauen in Führungspositionen, mehr Zeitsouveränität im Beruf, Schluss mit der steuerlichen Diskriminierung der Erwerbstätigkeit von Frauen, Ausbau von Kitas und Ganztageschulen, ein partnerschaftliches Elterngeld. Das ist dringend notwendig, um in unserem Land die Rahmenbedingungen für mehr Gleichstellung und für ein selbstbestimmtes Leben aller Frauen und Männer zu schaffen. Dafür brauchen wir aber eine Regierung, die nicht nur redet, sondern Politik macht!

Wohnen muss bezahlbar bleiben: Darüber haben wir am Donnerstag im Plenum debattiert. Gute und energiesparende Wohnungen dürfen nicht zum Luxusgut werden, sondern müssen für alle erschwinglich sein. Wir werden deshalb den Anstieg der Mietpreise begrenzen und den Wohnungsbau, die energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen fördern. Wir wollen Mietpreiserhöhungen bei Neuvermietungen begrenzen. Auch die grün-rote baden-württembergische Landesregierung hat in dieser Woche eine Gesetzesinitiative zur Übernahme von Maklergebüh-



Berlin-Brief, Ausgabe 134 1. März 2013

Meine Termine

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg mit Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2013
2.3.2013, 10 Uhr, Heilbronn, Harmonie

Jahresempfang der SPD Heilbronn-Stadt und -Land mit Hans Eichel
4.3.2013, 19 Uhr, Heilbronn, AOK, Allee 72

Bericht aus Berlin beim SPD-Ortsverein Obersulm
5.3.2013, 19 Uhr, Obersulm-Eschenau, Sportheim-Restaurant Nonna Nina

Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Gundelsheim
6.3.2013, 19.30 Uhr, Gundelsheim, Weinbau-Pavillon

Vortrag bei der Deutsch-Israelischen Gesellschaft: Parallelen zwischen der Friedensbewegung während des Balkankrieges und der heutigen Situation im Nahen Osten
7.3.2013, 19 Uhr, Heilbronn, Musikzimmer der Weinvilla

DGB-Empfang zum Frauentag
8.3.2013, 18 Uhr, Heilbronn, DGB-Haus

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

ren beschlossen. Makler übernehmen bei der Wohnungsvermittlung überwiegend Aufgaben der Vermieter. Trotzdem müssen bisher meist die Mieter dafür bezahlen. In Städten wie Heilbronn mit angespanntem Wohnungsmarkt ist das ein Problem, weil sich Wohnungssuchende dem einerseits kaum entziehen, sie sich andererseits aber die Provisionen oft nicht leisten können. Es ist deswegen sozialpolitisch wichtig, dass wir bezahlbares Wohnen weiter thematisieren!

Am Donnerstag hat der Bundestag abschließend über die **Entsendung von Bundeswehrosoldaten nach Mali** beraten. Seit etwa einem Jahr herrscht eine Krise in Mali. Im Frühjahr 2012 gelang es islamistischen Kräften, weite Teile im Norden Malis unter ihre Kontrolle zu bringen. Seitdem hat sich die humanitäre Lage dort extrem zugespitzt. Mehr als 350.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen und befinden sich zum Teil immer noch auf der Flucht.

Am 20. Dezember 2012 hat der UN-Sicherheitsrat eine Internationale Unterstützungsmission (AFISMA) unter afrikanischer Führung ermächtigt, die territoriale Integrität Malis mit allen erforderlichen Mitteln wiederherzustellen. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen werden mit dieser Resolution aufgefordert, die Mission AFISMA zu unterstützen. Damit wurden die völkerrechtlichen Grundlagen dafür geschaffen, dass die internationale Gemeinschaft unter afrikanischer Führung in Mali eingreift, um eine Spaltung des Landes zu verhindern. Deutschland wird maximal 150 Bundeswehrosoldaten entsenden, hauptsächlich zur Unterstützung durch Lufttransport und durch die Luftbetankung französischer Streitkräfte.

Neben dem AFISMA-Mandat gibt es zudem eine EU-Ausbildungsmission für die malische Armee. Die EU-Außenminister haben am 18.2. auf Bitten der malischen Regierung und in Verbindung mit Resolutionen des UN-Sicherheitsrates beschlossen, ca. 450 Ausbilder und Kräfte für Sicherheit, Verwaltung und medizinische Versorgung nach Mali zu entsenden. Deutschland wird sich daran mit ca. 40 Pionierausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften beteiligen. Diese EUTM Mali genannte Mission hat zum Ziel, die malische Regierung bei der Stabilisierung der Lage im Land durch die Ausbildung der malischen Armee zu unterstützen.

Ich habe beiden Mandaten zugestimmt und informiere Sie und Euch an dieser Stelle ausführlich über die Eckdaten des militärischen Einsatzes, auch wenn die SPD-Fraktion immer wieder betont, dass wir für Mali mehr brauchen als nur die Entsendung von Bundeswehrosoldaten. Wie ich bereits vergangene Woche an dieser Stelle betont hatte, brauchen wir vor allem einen politischen Dialog in Mali zwischen der Regierung in Bamako und den Bevölkerungsgruppen im Norden sowie humanitäre Hilfe, um eine Hungerkatastrophe zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

